Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellged. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰, Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für inl. Aufträ. wird keine Gewähr übernommen.

№ 147. | Donnerstag den 27. Juni 1929. | 87. Jahrgang.

Das „Schuld"-Bekenntnis von Versailles.

Wie Deutschlands „Schuld am Weltkriege" zustande kam.

(Von unserem Berliner Hg.-Sonderberichterstatter.)

(Nachdruck streng verboten.)

Am 28. Juni jährt sich zum zehnten Male der Tag der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles. An diesem Tage geht durch das ganze deutsche Reich eine Bewegung des Protestes gegen ein Unrecht, das uns seinerzeit in unserer Not aufgezwungen worden ist. Die nachstehenden Ausführungen sollen bei dieser Gelegenheit einmal deutlich und in aller Oeffentlichkeit den Beweis erbringen, daß es kein „freiwilliges" Schuldanerkenntnis war, das man heute seitens unserer ehemaligen Gegner zur völligen Aussaugung des deutschen Volkes benutzt. In völliger Unparteilichkeit sollen in den nachfolgenden Artikeln diejenigen amtlichen Dokumente angeführt werden, aus denen sich das Zustandekommen des damaligen deutschen „**Schuld**"bekenntnisses einwandfrei ergibt. Schriftleitung.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Graf Brockdorff-Rantzau, leitete die deutsche Aktion gegen das Verlangen der alliierten und assoziierten Regierungen auf Uebernahme eines Schuldanerkenntnisses durch Deutschland mit folgender Note an Clemenceau ein:

Versailles, 13. Mai 1919.

Herr Präsident! In dem den deutschen Delegierten vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages wird der 8. Teil, betreffend die Wiedergutmachung, mit dem Artikel 231 eingeleitet, welcher lautet: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben." Deutschland hat die Verpflichtung zur Wiedergutmachung übernommen auf Grund der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918, unabhängig von der Frage der Schuld am Kriege. Die deutsche Delegation vermag nicht anzuerkennen, daß aus einer Schuld der früheren deutschen Regierung an der Entstehung des Weltkrieges ein Recht oder Anspruch der alliierten und assoziierten Mächte auf Entschädigung durch Deutschland für die durch den Krieg erlittenen Verluste abgeleitet werden können. Die Vertreter der alliierten und assoziierten Staaten haben zudem wiederholt erklärt, daß das deutsche Volk nicht für die Fehler seiner Regierung verantwortlich gemacht werden soll. Das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt. Es würde einen Angriffskrieg niemals unternommen haben. Im Bewußtsein des deutschen Volkes ist dieser Krieg stets ein Verteidigungskrieg gewesen. Auch die Auffassung der alliierten und assoziierten Regierungen darüber, wer als Urheber des Krieges zu beschuldigen ist, wird von den deutschen Delegierten nicht geteilt. Sie vermögen der früheren deutschen Regierung nicht die alleinige oder hauptsächliche Schuld an diesem Kriege zuzusprechen. In dem vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrags findet sich nichts, was jene Auffassung tatsächlich begründet. Keinerlei Beweise werden für sie erbracht. Die deutschen Delegierten bitten daher um Mitteilung des Berichts der von den alliierten und assoziierten Regierungen eingesetzten Kommission zur Prüfung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges.

Genehmigen Sie, Herr Präsident usw. usw.

gez. Brockdorff-Rantzau.

Die französische Note an den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, die als Antwort erfolgte, hatte folgenden Wortlaut:

Paris, 20. Mai 1919.

Herr Vorsitzender! In Ihrer Note vom 13. Mai erklären Sie, Deutschland sei, „wenn es auch im November 1918 die Verpflichtung der Wiedergutmachung angenommen hat", nicht der Ansicht, daß diese Annahme seine Verantwortlichkeit, sei es für die Handlungen der früheren deutschen Regierung, in sich schließe. Eine solche Verpflichtung ist nur dann verständlich, wenn sie als Ursprung und Ursache die Verantwortlichkeit des Urhebers der Schäden hat. Sie fügen hinzu, das deutsche Volk würde niemals einen Angriffskrieg unternommen haben. Nun wird in der Note des Herrn Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918, auf welche Sie sich unter Erteilung Ihrer Billigung berufen, erklärt, die Verpflichtung zur Wiedergutmachung ergebe sich „aus dem Angriff Deutschlands zu Lande, zu Wasser und in der Luft." Dadurch, daß die deutsche Regierung damals gegen diese Feststellung keinen Protest einlegte, hat sie sie als begründet anerkannt. Deutschland hat also im Nov. 1918 implicite aber unzweideutig, sowohl den Angriff als auch seine Verantwortlichkeit zugegeben. Heute ist es zu spät für den Versuch, zu leugnen. Sie verlangen Mitteilung des Berichtes der Kommission zur Prüfung der Verantwortlichkeit. In Erwiderung hierauf haben wir die Ehre, zu erklären, daß die alliierten und assoziierten Regierungen die Berichte der von der Friedenskonferenz eingesetzten Kommission als Urkunden innerer Natur betrachten, welche Ihnen nicht übermittelt werden können.

Genehmigen Sie, Herr Vorsitzender usw.

gez. Clemenceau.

Gegen diese Antwort des Vorsitzenden der Friedenskonferenz erwiderte Brockdorff-Rantzau in einer ausführlichen Note vom 24. Mai, in der er Verwahrung dagegen einlegte, daß Deutschland mit der Annahme der vierzehn Punkte Wilsons bereits ein Schuldanerkenntnis abgegeben habe. Die Note schließt folgendermaßen: „.....Noch in der öffentlichen Verhandlung kurz vor Abschluß des Waffenstillstandes wurde dem deutschen Volk versprochen, **daß Deutschlands Schicksal eine grundlegende Aenderung erfahren würde, wenn man es von seinem Herrscher trennt.** Die deutsche Delegation möchte die Worte Euerer Exzellenz nicht dahin verstehen, daß die Zusage der alliierten und assoziierten Regierungen damals nur eine Kriegslist war, um den Widerstand des deutschen Volkes zu lähmen, und daß die Zusage heute zurückgenommen werden soll.

Euer Exzellenz haben geltend gemacht, daß die alliierten und assoziierten Mächte das Recht haben, Deutschland nach denselben Methoden zu behandeln, die es beim Frankfurter Frieden und beim Frieden von Brest-Litowsk seinerseits angewendet habe. Die deutsche Delegation unterläßt es vorläufig, zu prüfen, inwiefern sich jene beiden Friedensschlüsse von dem heute vorliegenden Friedensentwurf unterscheiden; denn für die alliierten und assoziierten Regierung ist es heute zu spät, auf jene Präjudizien einen Rechtsanspruch zu gründen. Der Augenblick hierfür war gekommen, als sie vor der Wahl standen, die 14 Punkte des Präsidenten der Vereinigten Staaten als Friedensbasis anzunehmen oder abzulehnen. In diesen 14 Punkten wurde ausdrücklich die Wiedergutmachung des Unrechtes von 1870/71 verlangt und von dem Frieden von Brest-Litowsk als von einem abschreckenden Beispiel gesprochen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben es damals abgelehnt, sich einen Gewaltfrieden der Vergangenheit zum Muster zu nehmen.

Das deutsche Volk, das niemals eine Verantwortlichkeit für den Ausbruch des Krieges auf sich genommen hat, kann mit Recht verlangen, daß ihm seine Gegner mitteilen, aus welchen Gründen und mit welchen Beweismitteln sie seine Schuld an allen Schäden und Leiden dieses Krieges zur Unterlage der Friedensbedingungen machen. Diese Lebensfrage des deutschen Volkes muß in aller Oeffentlichkeit erörtert werden. Methoden der Geheimdiplomatie sind hierbei nicht am Platze.

Genehmigen Sie, Herr Präsident usw.

gez. Brockdorff-Rantzau.

Es beginnt nun der erbitterte Kampf der deutschen Friedensdelegation um eine Milderung der vernichtenden Bedingungen und um eine Verlängerung der Fristen zur Annahme der gestellten Bedingungen. Es ergibt sich daraus, daß die damalige deutsche Regierung keine Möglichkeit hatte, auf dem Verhandlungswege auch nur einen geringen Vorteil zu erzielen, weil schließlich von heute auf morgen an die deutsche Friedensdelegation das Ultimatum gestellt wurde, entweder die Bedingungen in ihrer Gesamtheit anzunehmen oder den geschlossenen Waffenstillstand als gekündigt zu betrachten. In diesem Falle würde der Vormarsch der alliierten Truppen nach Deutschland hinein nur eine Frage von Stunden gewesen sein.

Der nun folgende Notenwechsel stellt unter Beweis, daß von einer freiwilligen Unterzeichnung des Vertrages von Versailles keine Rede sein kann. (Forts. folgt.)

Deutschland.

Berlin, 26. Juni. Deutschland hat ebenso wie Belgien und Italien sein Einverständnis mit der Abhaltung der Reparationskonferenz in London erklärt, während Frankreich sich noch sträubt.

Erklärung der Volksrechtpartei zum Sachverständigenplan.

Stuttgart, 25. Juni. In einer Erklärung der Volksrechtpartei zum Sachverständigenplan heißt es u. a.: Die Volksrechtpartei stellt fest, daß der neue Sachverständigenplan dem deutschen Volk Tributleistungen auferlegen will, die in der Weltgeschichte ohne Beispiel dasteben. Kein Volk kann solche Lasten auf sich nehmen, das noch auf Ehre und Freiheit hält und an seine eigene und seiner Kinder Zukunft denkt. Die Volksrechtpartei bestreitet den heutigen Finanzleuten und Politikern das Recht, die deutsche Jugend und das noch ungeborene Geschlecht im voraus mit derartigen ungeheuerlichen Tributleistungen zu belasten. Die Volksrechtpartei lehnt den Sachverständigenplan in seiner jetzigen Gestalt mit aller Entschiedenheit ab und fordert das deutsche Volk, insbesondere auch die deutsche Jugend auf, mit allen Kräften und mit allen Mitteln den Kampf gegen diese Versklavung aufzunehmen. Die Volksrechtpartei erhebt erneut die Forderung, daß die endgültige Regelung der Reparationsverpflichtungen auf der endgültigen Lösung der Frage der inneren Schuldverpflichtungen aufgebaut werden muß und hält es für unverantwortlich, daß bei den Pariser Verhandlungen der Kampf gegen den Grundfehler des Dawesplans nicht in der von ihr wiederholt mit größtem Nachdruck geforderten Weise geführt worden ist. Es wäre unerhört, wenn sich eine deutsche Regierung fände, die entgegen allen Kundgebungen aus dem besetzten Gebiet selbst eine etwaige vorzeitige Räumung mit solchen unerträglichen Tributleistungen erkaufen würde und vielleicht sogar noch eine Dauerkontrolle im deutschen Gebiet in Kauf nehmen würde. Die Volksrechtpartei erhebt schließlich die selbstverständliche Forderung, daß die deutschen Sparer, Rentner und Gläubiger unter keinen Umständen schlechter behandelt werden dürfen als die belgischen Marknotenbesitzer und sonstige ausländische Gläubiger.

Industrie und Gewerbe protestieren.

Ebingen, 26. Juni. Auf einer hier abgehaltenen Tagung der Industriellen des Bezirks Balingen-Hechingen wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß sich angesichts der unbefriedigenden Gesamtlage die versammelten Gewerbetreibenden aus allen Parteilagern gezwungen sehen, der gegenwärtigen Reichsregierung, insbesondere dem Reichsfinanzminister und dem Reichsarbeitsminister, ihre tiefe Mißbilligung auszusprechen über die Gestaltung der deutschen Finanzen und Sozialpolitik im abgelaufenen Jahre. Verlangt wird vor allem eine sofortige Reform der Arbeitslosenversicherung, die die Arbeitsmoral unterwühle. Von der württembergischen Regierung wird gefordert, dafür zu sorgen, daß bei aller notwendigen Förderung der Landwirtschaft die sehr stark bedrängten Kreise insbesondere des kleineren und mittleren Unternehmertums in ihrem schweren Daseinskampfe mehr als bisher durch geeignete Regierungsmaßnahmen, insbesondere aber durch eine sparsame Verwaltung und eine zurückhaltende Steuerpolitik gestützt und gefördert werden.

Einig gegen Versailles!

Berlin, 26. Juni. Als Protest gegen den Unheilfrieden von Versailles findet am Freitag abend im Stadion eine große Kundgebung statt, an der auch der Jungdeutsche Orden, Krieger- und Regimentsvereine, Innungen und Arbeiterorganisationen teilnehmen sollen. Für diese Kundgebung sind bereits trotz der parteipolitischen Zerklüftung, die auch die Stimmung dieses Gedenktages zerreißt, mehr als 80 000 Karten gefordert worden. Die Berliner Universität begeht im Verein mit der Technischen, der Landwirtschaftlichen, der Tierärztlichen und der Handelshochschule am Freitag mittag einen „Gedenktag für den Versailler Vertrag", bei dem der greise Hans Delbrück, der temperamentvolle und gewissenhafte Forscher auf dem Gebiet der Kriegsschuldlegende, die Rede halten wird. Die großen Buchhandlungen Berlins sollen am 28. Juni in ihren Schaufenstern eine Ausstellung unter dem Schlagwort „Zehn Jahre Versailles" veranstalten. In diesen Läden soll die wichtigste Literatur zum Versailler Friedensvertrag gezeigt werden, vor allem die Werke der bedeutendsten politischen und Wirtschaftsführer, die seit einem Jahrzehnt aktiv für den Wiederaufbau Deutschlands tätig sind.

Ausland.

Warschau, 26. Juni. Vor dem polnischen Staatsgerichtshof beginnt heute der Prozeß gegen den früheren Finanzminister Czechowicz wegen der Budgetüberschreitungen, die er auf Befehl des Marschalls Pilsudski vornehmen mußte.

Kontrollforderung ist Schikane.

Paris, 26. Juni. Während die gesamte französische Regierungspresse im Hinblick auf die kommenden diplomatischen Verhandlungen einstimmig darauf beharrt, die Einsetzung einer ständigen Ueberwachungskommission im Rheinland sei die unerläßliche Bedingung einer vorzeitigen Räumung des Rheinlandes, unternimmt es der Sozialistenführer Leon Blum im „Populaire", die Nutzlosigkeit und Unzweckmäßigkeit einer solchen einseitigen Kontrollstelle darzulegen. Er weist darauf hin, daß ein einseitiger Kontrollausschuß niemals eine Sicherheitsgarantie bilden könne. Außerdem sei heute die Rheingrenze durch die Verträge von Locarno in einem so starken Maße gesichert, daß man in der Geschichte kein ähnliches Beispiel einer so weitgehenden Garantie finde. Aus diesem Grunde müsse jede zusätzliche Sicherheitsforderung als eine Ausflucht, eine Schikane betrachtet werden, die dem guten Ruf und den Interessen Frankreichs schade. Es gebe deshalb keine andere Lösung als die beschleunigte Rheinlandräumung, ohne irgend einen Vorbehalt daran zu knüpfen. — Leider ist Herr Blum sehr weit davon entfernt, mit seinen vernünftigen Aeußerungen die Ansicht einer Parlamentsmehrheit wiederzugeben.

Abrüstung!

Mussolini hat mit einem Federstrich die Altersgrenze für die militärische Dienstpflicht vom 30. Lebensjahr auf das 55. hinausgerückt. Und er macht kein Hehl daraus, daß er nicht an Abrüstung, sondern nur an Aufrüstung denkt. Je wehrfähiger er sein Volk weiß, um so höher trägt er die Stirne. Ich bin ein Ketzer, erklärte er, denn ich glaube nicht, daß man den Krieg bannen kann, indem man den Schwächeren noch schwächer und damit den Stärkeren umso angriffslustiger macht. Wir sind gerne bereit, die Waffen niederzulegen in dem Augenblick, wo auch die anderen es tun. Mit schönen Worten überzeugt man mich nicht. Wenn ich Eroberer heranbilde, so darf das Wort nicht schrecken. Friedfertigkeit und Gesättigtheit zur Schau tragen, das können sich die am Ziel angelangten Völker leisten, nicht aber Völker, die noch unterwegs sind. Unsere Luftwaffe muß stärker sein, als die aller Nachbarn. Wir haben bereits England überflügelt und in 3 Jahren werden wir hinter Frankreich nicht mehr zurückstehen! — — Eins muß man Mussolini lassen: er ist der ehrlichste unter den Diplomaten. Nach Mussolinis Ansicht ist es nicht ausgeschlossen, daß Europa von einem neuen Krieg heimgesucht wird. In 5 oder längstens 10 Jahren wird der kritische Zeitpunkt erreicht sein. Und Italien will dann nicht wehrlos dastehen. Das ist Mussolinis Ansicht, und daraus macht er kein Hehl.

Englands Annexionisten werden nervös.

London, 26. Juni. Während die englische öffentliche Meinung den Hauptteil der außenpolitischen Reichstagsrede Dr. Stresemanns gestern durchaus günstig aufgenommen hat, werden nunmehr einige Stellen dieser Rede doch noch besonders kritisiert. „Daily Mail" schreibt in einem verspäteten Kommentar, man dürfe bei der Rede Stresemanns nicht seine „eigentümlichen Bemerkungen" über die deutsche Kolonialpolitik übersehen. Es werde in London zu wenig erkannt, daß Deutschland tatsächlich Anstrengungen mache, um Kolonien zu erhalten und um die britische Kolonialpolitik an verschiedenen Stellen zu bekämpfen. Der deutsche Außenminister sei diesmal so weit gegangen, ausdrücklich zu erklären, daß er sich den britischen Plänen in Ostafrika widersetzen werde. Dies sei zweifellos nur als der Beginn einer Kampagne aufzufassen, die von englischer Seite alle Aufmerksamkeit verdiene. Wenn Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage zunächst nur theoretische Einwände gegen die englischen Pläne der Vereinigung Ostafrikas unter einheitlicher Verwaltung vorbringe, so könne

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

man sich darauf gefaßt machen, daß es unter günstigeren Umständen sein ganzes Gewicht gegen die englische Kolonialpolitik einsetzen werde. Man müsse damit rechnen, daß Deutschland eines Tages mit der Forderung der Wiedergabe seiner alten Kolonien auf den Plan treten werde.

Bombenangriff auf eigene Truppen.

Mexiko, 26. Juni. Ein Flieger der Bundestruppen entdeckte bei einem Erkundigungsflug in der Nähe von Sarvance eine Truppenabteilung, die sich verschanzt hatte. In der Annahme, daß es Aufständische seien, warf der Flieger Bomben ab. In Wirklichkeit handelte es sich um Bundestruppen, von denen durch die Fliegerbomben ein Offizier und 15 Mann getötet und 15 Mann verwundet wurden.

Aus Stadt und Bezirk.

— Der Herr Staatspräsident hat u. a. eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Jllingen, OA. Maulbronn, dem Hauptlehrer Fritz in Ottenhausen übertragen.

— Der Herr Staatspräsident hat auf die Oberförsterstelle Wildbad den Oberförster Sigle bei der Forstdirektion seinem Ansuchen entsprechend versetzt.

Neuenbürg, 27. Juni. Die Heeresrentenbezüge für Monat Juli werden am 28. Juni ausbezahlt.

Neuenbürg, 26. Juni. Bei dem Gauturnen in Haiterbach hat der Turnverein Neuenbürg recht gut abgeschnitten. Sämtliche Teilnehmer, mit Ausnahme von einem, der Pech hatte, waren Kranzsieger. Es erhielten folgende Preise: Zwölfkampf Turner Unterstufe 169 Punkte 6. Preis Max Rainer; Sechskampf Turner Oberstufe 100 P. 3. Pr. Wilh. Finkbeiner, letzterer hat noch die Gaumeisterschaft im Stabhochspringen (2.90 m); Fünfkampf 67 P. 5. Pr. Alfred Wieland; Jugend Zehnkampf 161 P. 2. Pr. Wilhelm Gorgus; Jugend Vierkampf 53 P. 3. Pr. Friedrich Wagner, 52 P. 4. Pr. Karl Frauß, 47½ P. 5. Pr. Adolf Müller, 47 P. 6. Pr. Fritz Schmid; Turnerinnen Vierkampf 55 P. 4. Pr. Mina Gremmer, 54 P. 5. Pr. Frida Schick, 52 P. 6. Pr. Elsa Müller, 51 P. 7. Pr. Emma Geuß, 41 P. 8. Pr. Gertrud Müller, 44 P. 10. Pr. Gertrud Gärtner. Mögen Turner und Turnerinnen zur Ehre ihres Vereins auch weiterhin so intensiv arbeiten! K.

Neuenbürg, 26. Juni. (Ausflug des Schwarzwaldvereins.) Es war eine wanderfrohe Schar, die am letzten Sonntag mit dem Frühzug nach Wildbad fuhr und sich die Stimmung nicht nehmen ließ, obschon der Himmel kein besonders freundliches Gesicht zeigte. Das in Wildbad bereitstehende Auto brachte sie in kurzer Zeit nach Gompelscheuer, von wo aus der Marsch nach Schönmünzach angetreten wurde. Auf der Höhe wogten die Nebel und verwehrten den Ausblick ins Murgtal mit seinen saftiggrünen Wiesen, seinen dunklen Bergwäldern und seinen reizvollen Ortschaften. Wie dies nicht anders sein konnte, lichtete sich aber der Himmel, als man zum „Verlobungsfelsen" kam, der einen prächtigen Blick auf das vielbesuchte Schönmünzach und in die hier zusammenlaufenden Täler der Murg und der Schönmünz gestattet. In Kirschbaumwasen wurde das Stauwerk an der Murg besichtigt. Eine Gletschermühle, hart an der Straße gelegen, aber erst in den letzten Jahren aufgedeckt, zeigte, daß selbst der harte Granit der beharrlichen Arbeit des Wassers nicht zu widerstehen vermag. In Kirschbaumwassen nahm das freundliche Gasthaus die Wanderschar auf, und man tat sich gütlich an dem, was Küche, Keller und Rucksack boten. Mit der Bahn gings dann weiter durch das romantische Gebirgstal mit seinen ragenden Felsen und den mächtigen Granitblöcken, die überall im tief eingeschnittenen Flußbett lagern. In Forbach angelangt marschierte man zuerst durch das schön gelegene Dorf zum Kraftwerk. Ein kundiger Führer erwartete die Wißbegierigen und gab Aufschluß über die fast gigantischen technischen Einrichtungen des Werks. Man staunte, wie es Menschengeist vermag, solch gewaltige Naturkräfte in seinen Dienst zu stellen und sie durch Länder hindurch nutzbar zu machen. Bei der Mittagsrast im „Sternen" trug zu der frohen Stimmung nicht wenig die anwesende „Hofkapelle" mit ihren urwüchsigen Erscheinungen bei. Allmählich mußte man sich zum Aufstieg auf die Latschingfelsen anschicken. Wohl kostete es da und dort manchen Schweißtropfen, zumal allerlei turnerische Uebungen zu machen waren; aber der Blick, den die Latschingfelsen auf das tief unten liegende Forbach und all die anmutigen Orte des Murgtales bis hinaus in die Rheinebene und auf all die Höhen ringsum gewähren, ist so schön und eindrucksvoll, daß einem Brust und Herz frei und weit wird und man sich am liebsten nicht mehr von dem herrlichen Bilde trennen möchte. Mit den Klängen eines Liedes nahm man Abschied und stieg vollends zum Hohloh empor, wo man noch einen Blick ins Rheintal genießen durfte und dem hell schimmernden Strom einen Gruß zusandte. Im tannenumrauschten Kaltenbronn gabs nochmals eine kurze Rast. Der humorvolle Förster zeigte uns das fürstliche Jagdhaus mit seinen Sehenswürdigkeiten und Erinnerungen. Noch eine Marschstunde, in der bis zuletzt wacker ausgeschritten wurde, und man saß, unangefochten vom Regen, wieder im Auto und fuhr der Heimat zu. Der jüngsten Schwarzwaldvereinswanderrin, die mit ihren 7 Jahren bis zum Schluß flott durchhielt, unsern besonderen Glückwunsch!

Neuenbürg, 26. Juni. (Siebenschläfer.) Es ist ein weit verbreiteter Volksglaube, daß sieben Wochen hintereinander jeden Tag Regen fällt, wenn es zum Siebenschläfertag regnet. Der Siebenschläfer fällt auf den 27. Juni. Seinen Namen trägt er nach einer Legende. Als der römische Kaiser Decius die Christen verfolgen ließ, verbargen sich 7 Jünglinge in einer Höhle, die in Kleinasien bei der Stadt Ephesus lag. Aber sie wurden von den Verfolgern entdeckt und diese waren grausam genug, die Höhle heimlich zuzumauern, ehe die Schläfer aufwachten. Dies geschah im Jahre 251. Im Jahre 446, also fast 200 Jahre später, als der Kaiser Theodosius regierte und das Christentum längst zur Staatsreligion geworden war, kam jemand auf den Gedanken, die Mauer, die die Höhle schloß, zu öffnen. Da zeigte es sich, daß die Jünglinge während der ganzen Zeit ihrer Gefangenschaft geschlafen hatten und nun aufwachten. Alles eilte herbei, das Wunder zu schauen, auch der Bischof Martin und der Kaiser selbst. Die Häupter der Jünglinge waren vom Glorienschein der Heiligkeit umstrahlt. Sie lebten nicht mehr lange, sondern wurden zum Himmel aufgenommen. Diese Sage ist weit durch den Orient verbreitet, findet sich aber auch in der alten abendländischen Literatur. Die „acta sanctorum" erzählen sie unter dem 27. Juni, weshalb dieser Tag den Namen „Siebenschläfertag" erhielt.

(Wetterbericht.) Eine Depression über der Ostsee beeinflußt die Wetterlage und läßt für Freitag und Samstag unbeständiges und zu zeitweiligen Niederschlägen geneigtes Wetter erwarten.

Birkenfeld, 26. Juni. (Gemeinderatssitzung am 25. Juni.) Die heutige Gemeinderatssitzung fand unter dem Vorsitz des stellvertretenden Ortsvorstehers statt. Dem vom Ortsvorsteher, Schultheiß Fazler, eingereichten Gesuch um Beurlaubung für den Rest seiner am 22. September d. J. endigenden Amtszeit wird stattgegeben und als Amtsverweser für die erledigte Ortsvorsteherstelle der seitherige stellvertretende Ortsvorsteher, Ratschreiber Bürkle, einstimmig gewählt — Die Abgeordneten zur Amtsversammlung für die Kalenderjahre 1929, 1930 und 1931 wurden in geheimer Abstimmung gewählt und zwar als Abgeordnete: Gemeinderat Vester und Gemeinderat Seufer, als Stellvertreter: Gemeinderat Kübler und Gemeinderat Aymar. — Den Schluß der Sitzung bildeten einige Arbeitsvergebungen und kleinere Verwaltungssachen.

Württemberg

Flacht, OA. Leonberg, 26. Juni. (Tödlicher Unfall.) Der 32 Jahre alte verheiratete Postagent Otto Morlock kam zwischen hier und Weissach mit einem Leichtmotorrad auf bis jetzt ungeklärte Weise zu Fall. Er wurde ein großes Stück geschleift. Mit schweren Kopfverletzungen wurde der Verunglückte heimgebracht, wo er seinen Wunden erlegen ist.

Backnang, 26. Juni. (Tödlicher Motorradunfall.) Sonntag abend ist auf der Höllentalstraße Freiburg—Titisee in der Ortschaft Falkensteig der in den 30er Jahren stehende Motorradfahrer Dipl.-Ing. Julius Stolpp aus Backnang mit dem talabwärts fahrenden Kraftwagen zusammengestoßen und so schwer verletzt worden, daß seine schleunige Einlieferung in die chirurgische Klinik in Freiburg notwendig wurde. Auch die auf dem Soziussitz befindliche Dame wurde in die Klinik eingeliefert. Der Unglückliche starb wenige Stunden danach an den erlittenen Verletzungen.

Schwenningen a. N., 26. Juni. (Eine Bluttat.) Am Montag nachmittag um 4 Uhr ereignete sich auf dem hiesigen Marktplatz ein aufregender Vorfall. Der 25jährige, seit zwei Jahren mit der Frida Brunner verheiratete Josef Brunner, wohnhaft in Ludwigshafen, lebte von seiner Frau schon 3 Monate getrennt. Die Trennung erfolgte von Seiten der Frau, weil ihr Mann nicht arbeiten wollte. Das Ehepaar besitzt ein einjähriges Kind. Zunächst hielt sich die Frau in Bräunlingen auf, wurde von ihrem Manne verfolgt und dann gestochen, worauf der Mann ins Gefängnis kam. Sie ging nach Dürrheim, wo sie längere Zeit in Stellung war. Wegen fortgesetzter Verfolgung seitens des Mannes wechselte die Frau wiederum ihre Stelle und kam nach Schwenningen. Der Mann erfuhr ihren jetzigen Aufenthalt, kam auch hierher und wartete auf eine Gelegenheit, seine Frau zu stellen. Als die Frau über den Marktplatz ging, lief ihr der Mann nach. Sie schrie und sprang fort, kam aber dabei zu Fall. Der Unmensch zog das Messer und versetzte seiner Frau 4 Stiche, 3 Stiche in den rechten Unterarm und einen Stich in den Hals. Die Verletzungen sind nicht lebensgefährlich, hätten aber leicht die Schlagader treffen können. Die Frau wurde ins Krankenhaus gebracht. Brunner wurde verhaftet. Er behauptet, nicht die Absicht gehabt zu haben, seine Frau zu morden; er wollte sie nur entstellen, damit sie keinem anderen mehr gefallen würde.

Ulm, 26. Juni. (Meineid.) Der 33 Jahre alte Landwirt Joh. Späth von Grubingen, OA. Göppingen, hatte sich vor dem Schwurgericht wegen Meineids zu verantworten. In einem Alimentenprozeß hatte er falsch geschworen, indem er angab, mit der Kindsmutter Straub von dort keinen Verkehr in der gesetzlichen Empfängniszeit gehabt zu haben. Die Kindsmutter dagegen hat unter Eid ausgesagt, daß der Angeklagte in der gesetzlichen Zeit wiederholt mit ihr verkehrt habe. Der Angeklagte leugnet auch in der Verhandlung noch. Das Gericht sprach ihn jedoch des Meineids schuldig und verurteilte ihn zu 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahre Ehrverlust. Auch wurde ihm die Fähigkeit zur Eidesleistung abgesprochen.

Baden.

Pforzheim, 24. Juni. Die 64jährige Witwe eines Eisengießers wollte das Grab ihres Mannes besuchen und fuhr mit der Elektrischen nach dem Friedhof auf der Schanz. Bei der Endstation der Straßenbahn am Friedhof angelangt, fühlte sie sich völlig entkräftet und wurde bewußtlos. Mittelst des Sanitätsautos in das städtische Krankenhaus verbracht, erlag sie eine Stunde später einem Herzschlag.

Durmersheim, 25. Juni. Am Montag nachmittag brach in den Oekonomiegebäuden des Gasthauses zum „Schiff" ein Brand aus, der sich mit rasender Schnelligkeit über die ganzen Oekonomiegebäude verbreitete. Das Feuer griff auch auf das angrenzende Anwesen des Bäckermeisters Franz Holz über, welches ebenfalls ein Opfer der Flammen wurde. Das Feuer wurde von einem Grenzaufseher entdeckt. Der Brand fand in dem vor kurzem eingefahrenen Frühheu reiche Nahrung. Die Feuerwehr konnte nur die Wohngebäude retten. Besonders gefährdet waren auch die Gebäulichkeiten des Landwirts Holz, die auch bedeutenden Wasserschaden aufweisen. Der Gesamtschaden ist nicht unerheblich. Die Brandursache ist in dem leichtsinnigen Wegwerfen eines Zigarrenrestes, der noch nicht völlig erloschen war, zu suchen.

Vermischtes.

Schlimmes Ende. Am Samstag abend versetzte der Zimmermann Wechs in Oberstdorf dem Sägewerksvorarbeiter Hiesinger einen tödlichen Stich ins Herz. Beide Männer sind Familienväter. Die Tat ist die Folge von Familienstreitigkeiten. Mehrmalige Sühneversuche vor dem Amtsgericht hatten zu keinem Erfolg geführt.

Neuschnee. In der Nacht auf Montag ist infolge des Witterungsumschlages auf den höheren Bergen im Allgäu Neuschnee gefallen.

Das Rätsel um den Tod der Frau Laiminger. Die Angabe des festgenommenen Brauereiangestellten, nach der die als zerstückelte Leiche aufgefundene Frau Laiminger an den Folgen

---

Nächte der Angst.

Ein Sylt-Roman von Anny Wothe.

Copyright by Greiner & Co., Berlin NW 6.

(Nachdruck verboten.)

Schön-Estrid trug einen Kranz im Haar und ein weißes Kleid. —

Das sah gut aus zu ihrem blonden Gelock und den tiefgründigen Augen, von denen man nicht wußte, ob sie blau, grau oder schwarz waren.

Sie hatte eine zarte, durchsichtige Haut, leicht getönt, wie matter, gelblicher Marmor, und feingeschwungene, blaßrote Lippen.

Schön-Estrid trug den Kranz stolz und selbstbewußt, denn sie war Peter Bonkens Braut, und Peter Bonken war einer der Reichsten auf der Insel.

Heute war sie in der Keitumer Kirche Peter Bonken angetraut.

Nun brauchte sie nicht mehr Tag und Nacht an der Spindel zu sitzen, wo so oft müßig der Faden auf der Kunkel ruhte, obwohl die Mutter, Wibke Webberken, schalt und sie zur Arbeit mahnte.

Das war vorbei!

Ein seltsames Lächeln trete um Estrids Lippen, als sie jetzt bedächtig den Kranz aus dem Blondhaar nahm und ihn einen Augenblick wie wägend in der Hand hielt.

Estrid stand in dem Giebelstübchen hoch unter dem Strohdach des mütterlichen Heims. Die Schar der Hochzeitsgäste hatte das Haus verlassen. Drunten im Wohngemach harrte der junge Gatte, um sie mit heimzunehmen auf den Gotteskoog, so hieß Peter Bonkens stattliches Anwesen, von dem man auf das weite Meer und auch auf das schimmernde Watt sah.

Estrid lächelte noch immer. War es das holde Lächeln des Glückes? Nein, fast wie Grausamkeit zuckte es um die blaßroten Lippen, als sie nun, als wolle sie etwas Lästiges von sich scheuchen, stolz den schönen Kopf in den Nacken warf.

Vergangenes sollte tot sein. Nur die Zukunft durfte sie kümmern. —

Der Sturmwind heulte wild um das Haus und in dumpfem Brausen schwoll das Meer höher und höher empor. Schon sprühte weißer Gischt über die Dünen und netzte wie Schneeflocken Fenster und Türen.

Das gab gewiß eine schaurige Hochzeitsfahrt über die Heide bei Wind und Wetter.

Da öffnete sich leise die Kammertür und ein junges Mädchen huschte herein. Auch sie hatte einen Kranz im Haar, auch sie trug ein weißes Kleid.

Beide Hände preßte sie gegen die Brust und die großen, blauen Kinderaugen richteten sich angstvoll auf die ältere Schwester, die das lichte Kleid mit einem dunklen vertauschte.

„Nun ist es doch geschehen," hub die kaum Achtzehnjährige zu Estrid an, „was nie geschehen durfte, und du bist so ruhig, als scheue sich dein Fuß gar nicht, über einen Abgrund hinweg dem Glücke zuzustreben."

„Närrchen du," lächelte die junge Frau, „du wirst noch viel lernen müssen, Sölve. So wie du es dir denkst, ist das Leben nicht."

Das junge Mädchen warf den blonden Kopf — er war etwas dunkler als der Estrids und hatte einen leichten, rötlichen Schimmer — stolz zurück, genau wie vorhin die ältere Schwester.

„Nein, ich weiß nichts vom Leben, Estrid. Ich war nicht, wie du, auf dem Festland, um zu lernen. Das aber weiß ich, daß man treu sein muß, treu im Leben und im Sterben."

Dunkle Glut huschte über das zarte Gesicht der jungen Frau und ihre Augen flackerten zornig auf.

„Warum suchst du dir zu diesen Eröffnungen gerade meinen Hochzeitstag aus? Ist das schwesterlich?"

„Ich kann nicht anders, Estrid. Ich muß es dir sagen, ehe du dieses Haus verläßt. Ingewart ist mir diese Nacht erschienen."

Einen Augenblick stockte der Atem der jungen Frau, dann sagte sie wie im leisen Spott:

„Also du träumst schon von ihm, der nicht wiederkehrte, der treulos wurde —"

„Das ist nicht wahr," beharrte die jüngere Schwester. „Sicherlich hat ihn ein widriges Geschick zurückgehalten. Du hättest auf ihn warten müssen, bis er zurückkam."

„Und darüber alt und grau und häßlich werden? Nein, Sölve, das konnte ich nicht. Ingewart versprach mir bei unserer Verlobung, nach Jahresfrist heimzukehren. Wie eine Närrin wartete ich an dem Tage auf ihn — ich hatte damals auch einen Kranz im Haar, nur daß er, wie der deine heute, von weißen Rosen war — aber Ingewart Ferks kam nicht, und nie hat man von ihm seit drei Jahren ein einziges Wort gehört. Er ist lange tot, das weiß ich gewiß."

„Nein, Estrid, ich fühle, daß er lebt, wenigstens bis jetzt lebte. Vielleicht aber ist er in der Nacht zu deinem Hochzeitstage gestorben."

Estrid wurde noch einen Schein bleicher.

„Woraus folgerst du das, Sölve?"

„Aus meinem Traum, Estrid. Der Gonger*) war diese Nacht bei mir."

Die junge Frau tastete nach einer Stütze.

Wie seltsam. Auch bei ihr war er gewesen.

„Er stand an meinem Bett," berichtete Sölve erregt. „Todesbleich, in einem fahlen Schimmer, und seine eisiskalte Hand legte sich über meine Stirn. Ich wollte schreien, aber ich konnte nicht."

„Bist auch du treulos, wie deine schöne Schwester?" fragte seine Stimme dumpf und hohl, und der Blick seiner ganz erloschenen Augen bohrte sich in die meinen.

Da schrie ich auf, und die Erscheinung zerrann. Am Morgen entdeckte ich die Spur von seinen feuchten Tritten in der Stube."

Die junge Frau sah nicht auf.

„Seegespenster hat es immer auf der Insel gegeben," sagte sie leichthin. „Du bist eben ein furchtsames Kind, Lütje." —

„Entweder ist Ingewart in dieser Nacht gestorben, Estrid, oder er wollte dich holen, um deinen Treubruch zu rächen."

*) Gonger ist eine Gespenstererscheinung, die den Tod des Seefahrers anzeigt.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

eines epileptischen Anfalls während einer erregten Aussprache gestorben sein soll, begegnete sofort begründetem Zweifel. Diese wurden durch die Augenscheinnahme am Tatort noch verstärkt. Scheitzach berichtigte seine ersten Angaben nun dahin, daß er Frau Laiminger in der Sackkamer der Brauerei mit Wucht in die Ecke warf, so daß sie gegen den kantigen Sockel eines Pfeilers fiel und wahrscheinlich am Kopf eine blutende Wunde erlitt. Weitere Feststellungen zur restlosen Klärung der Angelegenheit sind zurzeit noch im Gange. Scheitzach, der am Sonntag im Polizeiarrest einen Selbstmordversuch machte, wurde noch im Laufe des gleichen Tages dem Richter zugeführt und ins Polizeigefängnis eingeliefert. Wie man weiter zu der Angelegenheit erfährt, scheint Scheitzach tatsächlich ein Opfer jahrelanger Erpressungen geworden zu sein. Scheitzach hatte sich früher einmal mit Frau Laiminger näher eingelassen, was diese zu ständigen Erpressungen an dem Manne benutzte. Es ist aufgefallen, daß die Frau immer über hohe Geldmittel verfügte und oft größere Gesellschaften zechfrei gehalten hat. Die Frau litt häufig an schweren epileptischen Anfällen. Sie soll insgesamt über 8000 Mark in den letzten 4 Jahren von Scheitzach erpreßt haben. Der Mann hat seiner Familie gegenüber allerlei Ausflüchte gebraucht wozu er das Geld benötigte. Scheitzach galt als gut situiert und besaß in München 2 Häuser. Seit mehr als 30 Jahren war er in der Franziskaner-Leist-Brauerei angestellt und genoß großes Vertrauen. Der Gatte der toten Frau Laiminger will von dem ganzen Treiben seiner Frau nichts gewußt haben. Scheitzach und Laiminger waren in der gleichen Brauerei beschäftigt und sehr eng befreundet. Heute sind die Untersuchungen der gerichtlichen und polizeilichen Behörden eifrig fortgesetzt worden. Es fanden Haussuchungen und Besichtigung des Sackkellers statt. Auch wurden photographische Aufnahmen gemacht.

Des Lebens müde. Bei Unnersdorf (am Staffelstein) wurden am Mainufer Hut, Mantel, Schirm und Geldbörse einer Dame, die aus Stuttgart stammen dürfte, gefunden. In einem vorgefundenen Brief, der keine Unterschrift enthielt, stand, daß sie das Sterben der schlechten Behandlung durch Verwandte vorziehe. Im Mantel fanden sich 2 Kerzen vor, die an ihrem Sarge brennen sollen. Die Leiche der Dame wurde bei Wiesen am Staffelstein geländet.

Tragödie einer Zwölfjährigen. Ein kaum glaublicher Fall von Kindesmißhandlung hat sich in Dortmund ereignet. „Eva", mahnt der Vorsitzende, „du mußt uns hier die reine Wahrheit sagen." Aber Eva sagt zunächst überhaupt nichts. Sie steht mit gesenktem Kopf, Tränen kullern ihr über die Wangen. Sie sieht aus wie 10, obwohl sie schon 12 Jahre alt ist. „Ich glaube, es ist besser, daß wir die Stiefmutter des Kindes hinausschicken," meint schließlich einer der Schöffen, „das Kind hat Angst vor ihr." Man schickt also die Stiefmutter hinaus und nun erst gelingt es, Eva zum Reden zu bringen. „Sie hat gesagt, ich soll die Zunge rausstrecken, und wir ich es getan habe, hat sie mit einem Stock draufgeschlagen. Das hat furchtbar weh getan. Und ich wollte die Zunge wieder reinstecken. Da hat sie gesagt, ich soll mit der Hand festhalten und hat immer weiter geschlagen." Die Stiefmutter, eine robuste Frau aus kleinbürgerlichen Kreisen, wird wieder hereingerufen. „Das Kind hat immer gelogen und gestohlen. Wenn wir es dann zur Rede gestellt haben, hat es gesagt: „Ich kann nicht anders. Der Teufel sitzt mir im Nacken." Wir haben das Kind immer viel zu gut behandelt. Sie leugnet entschieden, das Kind in der geschilderten Weise geschlagen zu haben. Aber die Zeugen beschwören, daß Eva am nächsten Tage auf dem Jugendamt erschienen sei mit einer Zunge, die ganz blau und dick geschwollen war, so daß sofort ein Arzt gerufen werden mußte. „Es ist unmöglich," sagt dieser Arzt jetzt aus, „daß sich das Kind diese Verletzungen selbst zugefügt hat. Die können nur auf die angegebene Weise entstanden sein." Die Stiefmutter wird daher wegen schwerer Kindesmißhandlung zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Eine Pflegerin führt die ganz verängstigte Eva aus dem Gerichtssaal.

Gefährliches Kinderspiel. In Osnabrück ereignete sich ein gräßlicher Unglücksfall. Spielende Kinder hatten sich Leibgurt und Steigeisen verschafft, mit denen die Telegraphenmasten erklommen werden. Ein zehnjähriger Junge schnallte sich den Gurt an, befestigte die Steigeisen an den Schuhen und versuchte einen an der Straße stehenden Mast zu erklettern. In 3 Meter Höhe glitt er aus und rutschte den Mast hinab, kam aber mit Splitterverletzungen an den Händen davon. Nichtsdestoweniger bewaffnete sich nun ein zweiter Junge mit Schutzriemen und Eisen und stieg den Mast empor. Als er das Gestänge mit den Isolierglocken fast erreicht hatte, öffnete sich der Haken am Schutzgurt. Dieser löste sich sofort und das Kind, das im Vertrauen auf die Sicherheit des Riemens den Pfahl mit den Händen nur leicht berührte und den Oberkörper weit zurückbeugte, verlor den Halt und schlug rückwärts in voller Wucht mit dem Kopf gegen den Pfahl, an dem es mit den Füßen hängen blieb. Es war sofort tot. Die Leiche wurde von den Insassen des Sanitätsautos der sogleich benachrichtigten Feuerwehr geborgen.

Im Sturm ums Leben gekommen. Wie aus Johannisburg gemeldet wird, sind zwei Angehörige des dortigen Ruderklubs „Masovia" am Samstag bei einer Wanderfahrt im Spirdingsee ertrunken. Das mit 5 Mann besetzte Boot schlug während eines heftigen Sturmes voll Wasser und kenterte. Einer der Ruderer hielt sich an dem umgeschlagenen Boot über Wasser, die 4 anderen versuchten, ans Ufer des Sees zu schwimmen. Zweien von ihnen gelang es, nach dreistündigem Schwimmen das Ufer zu erreichen, die beiden anderen ertranken.

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 24. Juni. (Viehmarkt). Zufuhr: 52 Ochsen, 47 Bullen, 25 Kühe, 159 Färsen, 57 Kälber und 1308 Schweine. Bezahlt wurden je Zentner Lebendgewicht für: Ochsen 50—61, Bullen 47—54, Kühe 22—40, Färsen 52—64, Kälber 60—82, Schweine 66 bis 88 Mark. Bestes Vieh wurde über Notiz bezahlt. Verlauf des Marktes: Bei Großvieh und Schweinen langsam, kleiner Ueberstand; bei Kälbern geräumt.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über dem Stallpreis erheben.

Neueste Nachrichten.

München, 26. Juni. Der Vertreter der Reichsregierung in München, Gesandter von Haniel, hat dem König von Aegypten bei seiner Abreise ein Handschreiben des Reichspräsidenten überreicht, in dem dieser dem König für seinen Besuch dankt und ihm seine besten Wünsche für eine glückliche Heimkehr ausspricht.

Ludwigshafen, 26. Juni. Die „Pfälzische Rundschau" ist wegen ihrer Stellungnahme zum Freispruch im Prozeß von Besançon für Frankreich verboten worden. Das Verbot bezieht sich nicht auf das besetzte Gebiet.

Bonn, 26. Juni. Wie bekannt wird, hat die Verteidigung des zum Tode verurteilten Dr. Richter nunmehr gegen das Todesurteil Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Ehrenbreitstein, 26. Juni. Heute haben die letzten französischen Truppen das frühere Außenfort von Koblenz, Asterstein, verlassen.

Koblenz, 26. Juni. Das evangelische Konsistorium der Rheinprovinz hat den 28. Juni als offiziellen Trauertag angesetzt. Die Kirchen bleiben den ganzen Tag geöffnet. Um 3 Uhr findet ein Trauergeläute statt. Im Gottesdienst wird eine Erklärung des Kirchenausschusses zur zehnjährigen Wiederkehr des Unterzeichnungstages verlesen werden.

Koblenz, 26. Juni. Im Schalterraum der Reichsbank in Koblenz erschienen heute drei unbekannte junge Leute und fragten den Kassenboten einer Privatbank unter Vorzeigung von Dollarnoten nach dem Wechselschalter, den dieser ihnen zeigte. Diesen Augenblick benutzten die Diebe, um dem Boten aus seiner Tasche 4000 Mark zu stehlen. Sie verschwanden eiligst mit ihrer Beute, wurden aber von dem Boten eingeholt, als sie gerade mit einer Taxe davonjagen wollten. Einer der Räuber konnte verhaftet werden, während die anderen mit dem Gelde flüchteten. Der geraubte Betrag ist durch Versicherung gedeckt.

Gotha, 26. Juni. Heute vormittag wurde der Botenmeister des Rentamts beim Verlassen der Reichsbanknebenstelle von zwei unbekannten Personen überfallen, mit einem Knüppel niedergeschlagen und der Aktentasche beraubt, in der sich 400 Mark Bargeld und ein Scheck über 6000 Mark, ausgestellt auf die Deutsche Bank, Filiale Gotha, befanden. Die Räuber sprangen nach der Tat in ein in der Nähe wartendes Auto und entkamen unerkannt.

Berlin, 26. Juni. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat am Mittwoch abend beschlossen, die von ihr im handelspolitischen Ausschuß eingebrachte und dort abgelehnte Entschließung im Plenum des Reichstags wiedereinzubringen, wonach die Mehreinnahmen aus den beschlossenen Zollerhöhungen für soziale Zwecke Verwendung finden sollen. Das Zentrum beabsichtigt mit der Wiedereinbringung seiner Entschließung, die übrigen Parteien in dieser Frage zu einer klaren Stellungnahme zu veranlassen.

Berlin, 26. Juni. Im Reichstag wurden heute die im handelspolitischen Ausschuß beschlossenen Zollerhöhungen für Fleisch, Kartoffeln, Zucker, Butter und Molkereiprodukte angenommen. Dagegen wurde der Ausschußantrag auf Erschwerung der Gefrierfleischeinfuhr abgelehnt. Dann wurden die Etats des Reichspräsidenten, des Reichstags, der Reichskanzlei, des Auswärtigen Amts, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsinnenministeriums und des Reichsarbeitsministeriums in dritter Beratung angenommen.

Berlin, 26. Juni. Die Berliner Beamtenvereinigung hat, wie die Nachtausgabe erfährt, ihre Zahlungen eingestellt. Mitglieder der Vereinigung sind in der Hauptsache Beamte, daneben aber auch Geschäftsleute und Privatpersonen. Der Geschäftskreis der Vereinigung ist ziemlich groß, die Zahl ihrer Mitglieder beträgt nicht weniger als 9000—10000. Besonders empfindliche Verluste brachten der Vereinigung Kredite, die sie an die Fahrradindustrie gegeben hat. Ein erheblicher Teil der Einlagen dürfte als verloren anzusehen sein. In informierten Kreisen wird die Unterbilanz auf mehr als eine Million Mark geschätzt. Strafbare Handlungen des Vorstandes sollen nicht in Frage kommen. Anscheinend hat man es an der notwendigen Vorsicht fehlen lassen. Am nächsten Montag findet eine Gläubigerversammlung statt.

Berlin, 25. Juni. Der sozialpolitische Ausschuß des Reichstags beschäftigte sich am Mittwoch abend mit der Verwendung der Ueberschüsse aus der Lex Brüning (Lohnsteuer), soweit sie der Invalidenversicherung zugute kommt. Die Regierung hatte einen Entwurf vorgelegt, nach welchem der Betrag, der der Invalidenversicherung zugute kommt, auf 45 Millionen beziffert wird. Davon sollen 25 Millionen zum Ausbau der Invalidenversicherung in der Weise benützt werden, daß die Steigerungssätze um 15 Prozent erhöht werden. Der Rest von 20 Millionen soll den Reserven der Invaliden-Versicherung zugeführt werden. Der Ausschuß stimmte diesem Entwurf, der am Donnerstag mit auf der Tagesordnung des Reichstags steht, zu.

Berlin, 26. Juni. Wegen längerer Arbeitslosigkeit versuchte sich heute nachmittag im Reichstagsgebäude ein 29jähriger Berliner Kaufmann mit einer Rasierklinge die Pulsadern zu öffnen. Ein Polizeibeamter legte dem Lebensmüden einen Notverband an und brachte ihn zum Polizeirevier, von dem er von Angehörigen abgeholt wurde.

Berlin, 27. Juni. Zu stürmischen Auftritten zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten kam es gestern abend in der Bezirksversammlung Friedrichshain bei der Beratung eines kommunistischen Antrages, der die Vorgänge am 1. Mai betraf und die Bestrafung der Polizeioffiziere und die Entlassung des Polizeipräsidenten Zörgiebel usw. verlangte. Hierbei erging sich der kommunistische Redner Deter, Abgeordneter und ehemaliger Angestellter der Straßenbahn, in solchen Ausdrücken, daß der Vorsitzende, Stadtverordneter Kaiser, ihn einmal zur Ordnung rufen mußte und schließlich gezwungen war, die Versammlung vorzeitig zu schließen. Beim Verlassen des Rathauses gerieten Kommunisten und Sozialdemokraten aneinander.

Berlin, 26. Juni. Die demokratische preußische Landtagsfraktion fordert in einem Antrag im Landtag dem Konkordat gleichwertige Verträge für die evangelische Kirche. — Die Zentrumsfraktion des Reichstags beschloß die Wahl des Fraktionsvorstandes bis zum Herbst zu vertagen. Sollten während der Sommerpause irgend welche Verhandlungen notwendig sein, so ist mit deren Wahrnehmung der Abgeordnete Dr. Brüning von der Fraktion betraut. — Im französischen Generalkonsulat in Berlin feuerte eine Litauerin, der Unterstützung verweigert worden war, drei Revolverschüsse ab, die aber niemand trafen.

Kattowitz, 26. Juni. Auf dem Richthofenschacht bei Schoppinitz wurden durch Abdruck von Kohle vier Bergleute verschüttet. Bisher konnten zwei der Verschütteten als Leichen geborgen werden. Es besteht nur geringe Aussicht, die beiden übrigen lebend zu bergen. — Der Vorsitzende der zuständigen Strafkammer hat nunmehr die Vertagung des für morgen angesetzten Prozesses gegen den Führer des Deutschen Volksbundes, Ulitz auf unbestimmte Zeit verfügt. Das Befinden von Ulitz ist zufriedenstellend. — Wegen Abdruck eines Artikels aus dem Kurjer Slowski über den Schulinspektor der Wojwodschaft ist der Redakteur des Volkswillens, Helmerich, von der Kattowitzer Strafkammer zu 1800 Zloty Geldstrafe verurteilt worden. Der verantwortliche Redakteur des Kurjer Slowski wurde zu 2000 Zloty Geldstrafe verurteilt. In beiden Fällen ist Berufung eingelegt worden.

Bozen, 26. Juni. Vorgestern abend ging ein heftiges Gewitter über Meranc nieder, das, wie die „Faszistische Alpenzeitung" meldet, beträchtlichen Schaden anrichtete. Das Sanatorium Tivoli wurde durch einen Erdrutsch teilweise verschüttet. Die Patienten stürmten panikartig die Treppe hinunter, von der ein Teil bereits mit Erdmassen und Wasser bedeckt war. In der allgemeinen Verwirrung stürzten einige zu Boden und zogen sich leichte Verletzungen zu. Das Erdgeschoß und die beiden Stockwerke sind mit der Inneneinrichtung stark beschädigt und die Fußböden mit Lehm bedeckt.

Riga, 26. Juni. Infolge falscher Weichenstellung stießen heute abend bei der Station Sofulaukts in der Nähe von Riga zwei Personenzüge zusammen. Fünf Wagen wurden zertrümmert, drei Personen, darunter zwei Schaffner, getötet, fünf schwer und neun leichter verletzt.

Stockholm, 26. Juni. Ein Riesenbrand hat gestern nachmittag und in der Nacht zu heute Stockholm heimgesucht. Der große Neubau des Geschäftshauses der lithographischen Druckereien Schwedens in der Drottninggatan im Zentrum der Stadt ist fast völlig ein Opfer der Flammen geworden. Das Papierlager der Firma Swanström & Comp. und ein Buchlager, die in demselben Hause untergebracht waren, wurden ebenfalls vernichtet. Durch die ungeheure Rauchentwicklung, die in der ganzen Stadt bemerkbar war, wurden elf Feuerwehrleute vergiftet. Der Brand ist einer der größten, die Stockholm je heimgesucht haben. Der Schaden beträgt über fünf Millionen Kronen. Die Straßen der betreffenden Gegend sind in weitem Umkreise von einem großen Polizeiaufgebot gesperrt.

Madrid, 26. Juni. In Spanien herrscht größte Beunruhigung über das Schicksal von Major Franco. Auf der Suche nach der „Numancia" befinden sich sechs spanische, zwei portugiesische und zwei italienische Kriegsschiffe. An der Suche beteiligt sich auch ein englisches Flugzeugmutterschiff mit mehreren Flugzeugen an Bord.

Chikago, 26. Juni. Heute früh gab in einer katholischen Kirche ein betrunkener Mann drei Revolverschüsse auf den die Messe zelebrierenden Priester ab. Der Priester blieb, da er sich zu Boden warf, unverletzt. Der dritte Schuß verletzte jedoch einen Kirchenbesucher an der Hüfte. Der Täter gab darauf gegen sich selbst einen Schuß ab, der jedoch nur seine Kopfhaut verletzte. Er wurde verhaftet.

Mexico, 25. Juni. Ein Flieger der Bundestruppen entdeckte bei einem Erkundungsflug in der Nähe von Sarranca eine Truppenabteilung, die sich verschanzt hatte. In der Annahme, daß es Aufständische seien, warf der Flieger Bomben ab. In Wirklichkeit handelte es sich um Bundestruppen, von denen durch die Fliegerbomben ein Offizier und 15 Mann getötet und 15 Mann verwundet wurden.

Tokio, 26. Juni. Der Geheime Staatsrat hat der Ratifizierung des Kellogg-Paktes ohne alle Vorbehalte endgültig zugestimmt.

Nagasaki, 26. Juni. In der Grube „Matsushima" wurden durch eindringende Wassermassen 50 Arbeiter von der Außenwelt abgeschnitten. Man arbeitet fieberhaft an ihrer Befreiung.

Beratung des Kultetats.

Stuttgart, 26. Juni. In der Mittwochsitzung des Landtags wurde das Kapitel 37 (Universität) nach den Ausschußanträgen angenommen unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrags auf Durchdringung des Unterrichts mit dem Geist der in den Verfassungen niedergelegten staatsbürgerlichen Grundsätzen. Beraten wurden Kap. 38 (Landw. Hochschule) und Kap. 39 (Landw. Fachschulen). Der Berichterstatter Dr. Ströbel (B.B.) bedauerte den Rückgang der Besucherzahl in Hohenheim und führte diesen Rückgang auf die schlechte Lage der Landwirtschaft und die Aussichtslosigkeit des Landwirteberufs zurück. Der Abg. Kinkel (Soz.) begründete einen Antrag auf Schaffung und Förderung von Genossenschaften der Produzenten und Konsumenten. Die Abgeordneten Bauer (B.B.), Gauß (Ztr.) und Ulrich (Soz.) traten besonders für einen Ausbau der Weinbauschule in Weinsberg ein, während der Abg. Hausmann (Dem.) eine Verbesserung der Gartenbauschule in Hohenheim wünschte und der Abg. Kling (C. Bd.) sich für eine besondere Förderung der gärungslosen Früchteverwertung einsetzte. Der Abg. Köberle (Ztr.) bedauerte, daß für den Besuch der Landwirtschaftsschulen vielfach keine genügende Vorbildung mitgebracht werde. Die Kap. 38 und 39 wurden dann nach den Ausschußanträgen angenommen. Hierauf beriet man das Kap. 40 (Technische Hochschule), wozu ein Ausschußantrag vorlag, in erneute Verhandlungen mit der Stadt Stuttgart wegen Verlegung der Hochschule nach dem Weißenhofgelände einzutreten. Der Abg. Heymann (Soz.) erklärte, daß die Frage der Verlegung angesichts der ungeheuren finanziellen Wirkung sehr ernsthaft geprüft werden müsse. Es komme weniger darauf an, die Technische Hochschule auf ein weiteres Wachstum umzustellen, als ihre innere Organisation zu verbessern. Es habe keinen Zweck, ein noch größeres akademisches Proletariat heranzuziehen und man müsse wie bei der Universität feststellen, welches die dringendsten Bedürfnisse seien. Die Regierung möge beim Landtag eine entsprechende Vorlage einbringen. Bei einer völligen Verlegung seien die bisherigen Gebäude sehr schwer verwendbar, das Bauen auf der Höhenlage des Weißenhofs überdies besonders teuer. Ein Neubau würde 40—50 Millionen Mark kosten. Der Abg. Dr. Bruckmann (Dem.) vertrat die Auffassung, daß zunächst ein Platz gefunden werden müsse, der später die Neuanlage aufnehmen könne. Die Leistungsfähigkeit der Hochschule lasse sich nur aufrecht erhalten, wenn die bestehenden Mängel planmäßig behoben würden. Der Landtag könne über die Platzfrage nur entscheiden, wenn er von der Regierung die nötigen Unterlagen besitze. Ludwigsburg komme nicht in Frage, weil nur allmählich gebaut werden könne. Der Abg. Kling (C. Bd.) vertrat die Ansicht, daß man auf dem Platz der Wiederholdstraße noch einige Institute erbauten könnte. Der Abg. Hartmann (D. Vp.) hielt das Weißenhofprojekt für die geeignetste Lösung. Der Abg. Dr. Bider (B.P.) erklärte, wenn viele aus dem Volke ein akademisches Studium ergreifen wollen, so dürfe sie der Staat nicht daran hindern. Bildungsfimmel liege nur vor, wenn Leute, die keine Wissenschaft brauchen, doch in akademische Berufe hineinwollen. Volksschüler brauchten von ihren Lehrern nur Lesen, Schreiben und Rechnen zu lernen und nicht mit Wissenschaft vollgepfropft zu werden. Der Redner erklärte sich für das Weißenhofprojekt und meinte, man flicke keinen neuen Lappen an ein altes Tuch. Am alten Platz könne unmöglich gebaut werden. Nach den Ausführungen des Abg. Bruckmann scheinen 3 Viertel der Demokratie gegen die Verlegung der Technischen Hochschule zu sein. Donnerstag vormittag Fortsetzung der Beratung.

Die württembergische Exportindustrie durch ausländische Zollerhöhungen bedroht.

Stuttgart, 26. Juni. Der Abg. Dr. Mauthe (Dem.) hat 2 Kleine Anfragen gestellt. In der einen fragt er: Die türkische Volksvertretung hat das neue Zolltarifgesetz, das ganz allgemein wesentliche Zollerhöhungen vorsieht, angenommen. Ist dem württembergischen Staatsministerium bekannt, daß die neuen türkischen Zölle der württembergischen Exportindustrie größten Schaden zufügen müssen, und ist es sich bewußt, daß unverzüglich Verhandlungen mit der türkischen Regierung eingeleitet werden müssen, damit die neuen Zölle auf deutsche Produkte keine Anwendung finden? Gedenkt es in diesem Sinne auf die Reichsregierung einzuwirken? — In der zweiten Anfrage weist der Abgeordnete darauf hin, daß den gesetzgebenden Organen der Vereinigten Staaten von Amerika eine Zolltarifrevision vorliege, durch die die amerikanischen Zölle auf Industrieprodukte und Fertigfabrikate ganz wesentlich erhöht werden. Die Zölle sollen teilweise in einer Weise heraufgesetzt werden, daß ein Import ausländischer Produkte ausgeschlossen ist. Von der Zolltarifrevision werden auch württembergische Erzeugnisse in größtem Umfange betroffen. Werden die neuen Zölle in Kraft gesetzt, dann ist in vielen Industriezweigen ein Export nach Nordamerika nicht mehr möglich. Ist dem württ. Staatsministerium dieser Sachverhalt bekannt und welche Schritte hat es unternommen, um die Schäden, die der württ. Industrie aus der amerikanischen Zolltarifrevision erwachsen müssen, abzuwenden, eventuell welche Schritte gedenkt das Staatsministerium zu tun?

Anfrage zum Erlaß des Kultministers.

Die deutschnationale Volkspartei hat an die badische Regierung folgende förmliche Anfrage gerichtet: Wie bekannt geworden ist, hat die Reichsregierung Weisungen erteilt, durch welche die Beamten verhindert werden sollen, sich an Kundgebungen gegen die Kriegsschuldlüge und gegen den untragbaren Versailler Vertrag zu beteiligen. — Billigt das badische Ministerium dieses Vorgehen der Reichsregierung? — Wie will es dieses Vorgehen gegenüber der Reichsverfassung, in Sonderheit Artikel 130, rechtfertigen? — Ist das badische Staatsministerium mit dem Vorgehen des Herrn Kultusministers, seines Mitgliedes, einverstanden, der nichts Besseres zu tun wußte, als eiligst in die Berliner Fußstapfen zu treten? Da der Landtag zurzeit geschlossen ist, würden wir uns mit einer schriftlichen Beantwortung vorläufig begnügen und dabei vorbehalten, falls der Landtag vor seiner Auflösung noch einmal zusammentritt, dann die Besprechung zu beantragen.

Lebhafte Szenen im bayerischen Landtag.

München, 26. Juni. Im Landtag, der heute die Novelle zur Aenderung des Gesetzes über den bayerischen Staatsgerichtshof mit großer Mehrheit angenommen hat, kam es am Schluß der Sitzung zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Nationalsozialisten und den Sozialdemokraten. Als der Vizepräsident Auer die Sitzung auf morgen vertagte, ohne dem Wunsche der Nationalsozialisten Rechnung zu tragen, eine

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Eingabe betr. das Schächten der Tiere zur Erörterung zu bringen, rief der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Hellmuth zum Präsidententisch hinauf: Das ist der alte Schwindel. Vizepräsident Auer erteilte dem Abgeordneten einen Ordnungsruf und da Dr. Hellmuth sein Verhalten nicht änderte, erhielt er einen zweiten Ordnungsruf. Der Vizepräsident schloß hierauf die Sitzung. Inzwischen war es zwischen den Fraktionen der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, wobei Abgeordneter Dr. Hellmuth dem sozialdemokratischen Abgeordneten Endres zurief, das geht Sie einen Dreck an, Sie Galgenvogel! Die Sozialdemokraten erwiderten mit Zurufen wie: Lausbub, Dreckkäfer, elender Bube und schließlich standen sich die beiden Fraktionen in drohender Haltung im Sitzungssaal gegenüber. Erst nach geraumer Zeit leerte sich der Saal.

Kundgebung des besetzten Gebiets.

Mainz, 26. Juni. Der Verband der Stadt- und Landkreise des besetzten Gebietes, der Wirtschaftsausschuß für die besetzten Gebiete und der Gewerkschaftsausschuß für die besetzten Gebiete haben in einer gemeinsamen Besprechung beschlossen, die folgende Erklärung zu veröffentlichen: **„Am 28. Juni jährt sich zum zehntenmal der Tag, an dem sich das Deutsche Reich gezwungen sah, den Friedensvertrag von Versailles zu unterzeichnen. Der Vertrag legt dem deutschen Volk Opfer und Lasten auf, die in der Geschichte ohne Beispiel dastehen. Darüber hinaus brachte er für die deutschen rheinischen Gebiete eine Sonderbelastung durch die Besetzung, die die Ausführung des Vertrages durch Deutschland sicherstellen sollte. Der Vertrag selbst sieht vor, daß die Besatzungstruppen vor Ablauf der für die Besetzung vorgesehenen Zeit von 15 Jahren zurückgezogen werden, wenn Deutschland den Verpflichtungen des Versailler Vertrages Genüge leiste. Deutschland hat seine Entwaffnung anerkanntermaßen durchgeführt. Deutschland ist dem Völkerbund beigetreten, Deutschland hat im Locarnovertrag dem französischen Sicherheitsbedürfnis weitgehend Rechnung getragen. Deutschland hat seine finanziellen Verpflichtungen bisher restlos erfüllt. Die Bevölkerung des besetzten Gebiets fordert, daß ihr nunmehr unverzüglich ihre volle Freiheit zurückgegeben wird. Die unterzeichneten Spitzenverbände erwarten von der Reichsregierung, daß sie die alsbaldige Räumung des besetzten Gebietes nachdrücklich verlangt, ohne daß dafür neue Opfer irgendwelcher Art gebracht werden dürfen. Insbesondere lehnt die Bevölkerung des besetzten Gebiets den Vorschlag einer über den Friedensvertrag hinausgehenden besonderen Ueberwachung des entmilitarisierten Gebiets rundweg ab. Die Bevölkerung des besetzten Gebiets würde eher noch weiter den schweren Druck der Besetzung auf sich nehmen als zugeben, daß ihre Freiheit mit derartigen Bedingungen erkauft werde.“** Unterzeichnet ist die Erklärung im Namen der genannten Organisation durch den Oberbürgermeister von Mainz, Dr. Karl Külb, den Reichstagsabgeordneten Dr. h. c. Kalle und Dr. Thomas.

Reichskundgebung zum 28. Juni.

Berlin, 26. Juni. Der Reichsinnenminister Severing hat heute den Wortlaut der Kundgebung, mit der Reichspräsident und Reichsregierung am 28. Juni vor die Oeffentlichkeit treten wollen, und deren endgültige Formulierung in der gestrigen Kabinettssitzung beschlossen wurde, nunmehr den Länderregierungen mitgeteilt, damit diese von sich aus für die Verbreitung der Kundgebung sorgen, die am Freitag bekanntgegeben werden wird.

„Bei Ihnen wird es auch bald einschlagen“.

Berlin, 26. Juni. Im preußischen Landtag begab sich heute nachmittag kurz vor 6 Uhr, während einer lebhaften Aussprache zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten, bei der die Abgeordneten Kube und Heilmann die Wortführer waren, ein eigenartiges Ereignis. Ueber dem Regierungsviertel tobte seit einiger Zeit ein außerordentlich schweres Gewitter und mit einem grellen Schlag, mit gewaltigem Krachen und Donnergepolter schlug in den Ableiter des Landtagsgebäudes ein Blitz ein, der sich durch die weiten Hallen und hohen Gänge mit furchtbarem Tosen fortsetzte. Gleichzeitig zischte für den Bruchteil einer Sekunde eine bläuliche Flamme im Sitzungssaale auf, wo in den elektrischen Anlagen einige Sicherungen durchgebrannt waren. Abg. Heilmann, der gerade am Rednerpult stand, taumelte hinab, und es herrschte eine begreifliche Verwirrung, da man zunächst nicht wußte, was geschehen war, die sich aber in schallende Heiterkeit auflöste, als der Nationalsozialist Kube die Lage mit den an den roten Genossen gerichteten Worten rettete: „Bei Ihnen wird es auch bald einschlagen!“

Pfarrer Kriegers Brief an Oberleutnant Schulz. Urteil in der Berufungsverhandlung.

Berlin, 26. Juni. In der Berufungsverhandlung gegen den Pfarrer Hans Krieger aus Eschfelde bei Koburg, der seinerzeit vom Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Beschimpfung der republikanischen Staatsform zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, wurde der Angeklagte heute anstelle einer an sich verwirkten Strafe von einem Monat zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hatte dem Oberleutnant a. D. Schulz in das Gefängnis in Plötzensee anläßlich seines Geburtstages einen Brief geschrieben, der, wie er erklärt, ein Trostbrief zu seiner ungerechten Verurteilung in dem Fememordprozeß sein sollte. Als dieser Brief, in dem es u. a. heißt, daß die Republik aufgebaut sei auf Lüge, Meineid und Hochverrat, wegen seines Inhalts von der Strafvollzugsbehörde beanstandet und nicht an den Empfänger ausgeliefert worden war, wurde er von dem Angeklagten in zwei rechtsstehenden Zeitschriften im Rahmen eines längeren Artikels veröffentlicht, der im Sinne des Briefes selbst gehalten war. In dem Urteil des Berufungsgerichts ist übrigens die im Urteil der Vorinstanz vorgesehene Einziehung und Beschlagnahme der für die Veröffentlichung benützten Platten und Formen ausdrücklich aufrecht erhalten worden. Die Kosten des Berufungsverfahrens werden dem Angeklagten auferlegt.

Frankreich droht.

Paris, 26. Juni. In den Auszügen, die die Pariser Presse über die Reichstagsrede Dr. Stresemanns veröffentlichte, ist eine der wichtigsten Stellen stark verstümmelt, um nicht zu sagen gefälscht worden. Die Bemerkung Dr. Stresemanns, es sei ein wenig gewagt, ein Urteil für die nächsten 10 Jahre abzugeben, wurde einfach so wiedergegeben, als hätte der Reichsaußenminister erklärt, der Youngplan sei vor allem für die nächsten 10 Jahre aufgestellt worden. Nachdem nun nicht nur der vollständige Wortlaut der Rede Dr. Stresemanns, sondern auch noch eine ausführliche Berichtigung dieses verstümmelten Passus vorliegen, sehen sich einige Pariser Blätter, die sich besonders über die Aeußerung Dr. Stresemanns aufregten, zu einem Rückzugsgefecht gezwungen. Der „Temps“ legt dabei das Hauptgewicht auf die Feststellung, daß der Young-Plan tatsächlich eine endgültige Regelung darstelle, wenn er einmal von der Regierung angenommen und in Kraft gesetzt worden sei, so müsse er bis zur völligen Durchführung eingehalten werden. Wenn einmal die allgemeine Lage in Deutschland sich tiefgehend verändern werde, so habe das Reich die Pflicht, alle Maßnahmen zu ergreifen, um seine Einkünfte seinen Verpflichtungen anzupassen, die es freiwillig auf sich genommen habe. Uebrigens bringe der Youngplan nicht nur wichtige Erleichterungen in bezug auf die Reparationen, sondern überdies auch noch wertvolle politische Vorteile. Selbstverständlich kann sich der „Temps“ nicht enthalten, bei dieser Gelegenheit der Reichsregierung einen Seitenhieb zu versetzen mit der Behauptung, sie habe Neigung, die „Luxusausgaben“ im deutschen Staatshaushalt in beängstigender Weise zu steigern.

Birkenfelder Familien-Chronik.
vom Monat Mai 1929.

a) Geburten:

4. Mai: Werner, Sohn des Goldschmieds Max Genth u. s. Ehefrau Hedwig geb. Großmüller;
4. Mai: Edelgard, Tochter des Prof. Eugen Blink u. s. Ehefrau Flora geb. Beck (in Neuenbürg geboren);
13. Mai: Annemarie Else, Tochter des Gärtners Rich. Wieholder u. s. Ehefr. Helene geb. Roth (in Pforzheim geboren);
18. Mai: Nelly, Tochter des Kabinettmeisters Karl Dahn und seiner Ehefrau Emilie geb. Schüßler;
24. Mai: Helga, Tochter des Müllers und Sonnenwirts Hr. Baral und seiner Ehefrau Sofie geb. Scheck;
29. Mai: Rolf, Sohn des Mechanikers Karl Höll und seiner Ehefrau Mina geb. Heinz;

b) Eheschließungen:

6. Mai: Paul Höschele und Ida geb. Rieth;
8. Mai: Friedrich Wohlgemuth und Mathilde geb. Beck;
11. Mai: Karl Eberle und Else geb. Oelschläger;
18. Mai: Albert Fix und Hermine geb. Bär;
18. Mai: Robert Wurster und Hilda geb. Kraut;
31. Mai: Theodor Arzner und Maria geb. Huber;
31. Mai: Willi Bauschlicher und Klara geb. Fix;

c) Sterbefälle:

2. Mai: Christian Johann Wolfinger, Landwirt und früh. Maurer, 67 Jahre alt;
6. Mai: Wilhelmine Bischoff geb. Vollmer, 73 J. a. Ehefrau des früheren Goldarbeiters Wilhelm Bischoff;
9. Mai: Katharine Schmid geb. Haug, 65 J. a. Ehefrau des Maurers und Landwirts Josef Schmid;
20. Mai: Katharine Lötterle geb. Kloß, 73 J. a. Witwe des Kaufmanns Karl Lötterle;
21. Mai: Philippine Höll geb. Müller, 56 J. a. Ehefrau des Landwirts und Gemeinderats Ernst Höll;
27. Mai: Ernst Gottlieb Wolfinger, Goldschmied, 29 J. a.

Jeder Herr Jeder Knabe nur von Ludwig Kahn Westliche 2 - PFORZHEIM - Marktplatz die Kleidung trage!

Maul- und Klauenseuche.

In **Wurmberg** OA. Maulbronn ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Vom hiesigen Oberamtsbezirk fallen folgende Gemeinden in den **15 Km.-Umkreis:** Beinberg, Birkenfeld, Engelsbrand, Salmbach, Grunbach, Kapfenhardt, Bieselsberg, Schwarzenberg und Unterlengenhardt.

Im Oberamtsbezirk Neuenbürg werden bis auf weiteres folgende seuchenpolizeilichen Anordnungen getroffen: Im **15 Km.-Umkreis** ist die Abhaltung von Klauenviehmärkten und markähnlichen Veranstaltungen (Tierschauen, Ausstellungen und Prämierungen, wenn dabei Klauenvieh feilgeboten oder gehandelt wird) verboten, ebenso der Handel mit Klauenvieh, insbesondere auch das Aufsuchen von Bestellungen und das Aufkaufen durch Händler.

Aus diesem Anlaß wird den Viehbesitzern erneut eingeschärft, daß jeder Fall eines Verdachts oder Ausbruchs von Maul- und Klauenseuche unverzüglich der Ortspolizeibehörde anzuzeigen ist. Die **Verheimlichung** oder **nicht rechtzeitige Anmeldung** des Seuchenausbruchs unterliegt empfindlicher Bestrafung, auch **entfällt** hiedurch **jede Viehseuchenentschädigung.** Weiter wird auf die schon mehrmals im Bezirksamtsblatt veröffentlichten Bestimmungen hingewiesen, wonach **sämtliche von außerhalb Württemberg, insbesondere von Baden, eingeführten Wiederkäuer und Schweine auf die Dauer von fünf bezw. zehn Tagen der polizeilichen Beobachtung am Bestimmungsort unterliegen. Der Ortspolizeibehörde ist zu diesem Zweck unmittelbar nach Eintreffen solcher Tiere Anzeige zu erstatten.**

Die Ortspolizeibehörden und Landjäger werden beauftragt, die Einhaltung der bestehenden Vorschriften, insbesondere die Einfuhr von Wiederkäuern und Schweinen von außerhalb Württemberg zu überwachen, ferner bei Zuwiderhandlungen jeder Art sofort die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen zu verfügen bezw. zu veranlassen und gleichzeitig mit Anzeigen vorzugehen. Eine erfolgreiche Bekämpfung der außerordentlich gefährlichen und schädigenden Seuche wird nur möglich sein, wenn die behördlichen Anordnungen von allen beteiligten Kreisen durchgeführt werden.

Für ortsübliche Bekanntgabe des Vorstehenden wollen die Herren Ortsvorsteher alsbald Sorge tragen.

Neuenbürg, den 26. Juni 1929.

Oberamt: Lempp.

Motorsport-Club Enztal, E. V.
Ortsgruppe des A.D.A.C., Sitz Neuenbürg.

Die für August dieses Jahres in Aussicht genommene kostenfreie **Autofahrt der Schwerkriegsbeschädigten** des Oberamtsbezirks Neuenbürg wird auf Grund der Behandlung dieser Angelegenheit durch den Bezirksvorsitzenden des Reichsbunds der Kriegsbeschädigten **in diesem Jahre unterbleiben,** wovon die Mitglieder Kenntnis nehmen wollen.

Der Vorstand.

Für die Reise

Wanderungen und das Wochenende unerläßlich Chlorodont-Zahnpaste und die dazugehörige Chlorodont-Zahnbürste mit gezähntem Borstenschnitt zur Beseitigung fauliger, übelriechender Speisereste in den Zahnzwischenräumen und zum Weißputzen der Zähne. Die ges. geschützte **Chlorodont-Zahnbürste** von bester Qualität, für Erwachsene 1.25 Mk., für Kinder 70 Pf., ist in blau-weiß-grüner Original-Chlorodontpackung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich. 2314

Neuenbürg.

Herren- u. Knabenkonfektion jeder Art.
Erstklassige Hochzeits-Anzüge und Smoking
zu billigen Preisen sind laufend zu haben.
Karl Finkbeiner, Wildbaderstr. 187.

Gelegenheitskäufe!

1 Fiat 6/30 PS. Limousine fast neuwertig nur ca. 14000 Kilometer gelaufen.
1 Adler-Sport-Alluminium-Viersitzer 6/25 PS. mit roter Polsterung, auf ein halbes Jahr versteuert,
verkauft im Auftrag
Autohaus Rösch, Pforzheim,
Westliche 173—183. Telefon 3370.

Frauenarbeitsschule Wildbad.

Anmeldungen für die am **17. September 1929** beginnenden **Tageskurse** im Handnähen, Wäschenähen (für Anfänger und Fortgeschrittene), Kleidernähen (für Anfänger und Fortgeschrittene) und Sticken, sowie **Anmeldungen für die Abendkurse** im Wäsche- und Kleidernähen werden von jetzt an entgegengenommen.

Städt. Frauenarbeitsschule Wildbad.
M. Liebau, Schulleiterin.

Obst- und Gartenbauverein Ortsgruppe Neuenbürg.
Ausflug Augustenberg-Karlsruhe betr.
Sammlung sämtlicher Teilnehmer Sonntag früh 5.30 Uhr Hauptbahnhof. Fahrpreis (Sonntags-Fahrkarte Karlsruhe) RM. 2.10, wird für Mitglieder teilweise entschädigt. Ankunft Neuenbürg 20.33. Zu reger Beteiligung ladet nochmals ein
der Ausschuß.

Neuenbürg.
Gesucht einige **jüngere** männliche oder weibliche
Hilfskräfte.
Georg Beller.

Herrenalb.
Suche zum sofortigen Eintritt in unsere Brauerei einen **jungen,** kräftigen
Burschen.
Klosterbrauerei Hermann Mönch.

Herrenalb.
Wir suchen zum sofortigen Eintritt
Gattersäger u. Platzarbeiter.
Karl Seufer, K.-G.

Arnbach.
Verkaufe oder vertausche gegen **Zuchtrind** eine mit dem zweiten Kalb 32 Wochen trächtige, gute
Nutz- und Fahrkuh.
Gottlob Bachteler.

Calmbach.
Radio-Anlage
(3 Röhrenempfänger) fast neu zu verkaufen
Hauptstraße 304.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw